

## **PRESSEINFORMATION**

### **Metropole der Vielfalt – auch ohne Gesetz**

**Berlin, 3. August 2010.** Zu dem heute im Senat verabschiedeten Gesetzesvorschlag für ein Berliner Partizipations- und Integrationsgesetz stellt der Kommunale Arbeitgeberverband Berlin (KAV Berlin) fest, dass Berlin keine gesetzliche Regelung speziell für landeseigene Unternehmen und die Senatsverwaltung braucht, um Mitbürger mit Migrationshintergrund besser in die Arbeitswelt zu integrieren. „Mit der Zielrichtung des Vorschlags stimmen wir überein, allerdings sehen wir keine Notwendigkeit ein spezielles Gesetz zu verabschieden. Vor allem die öffentlichen Unternehmen in Berlin sind sich ihrer sozialen Verantwortung bewusst und setzen bereits vorbildlich freiwillige Maßnahmen um, die die Integration fördern“, so die KAV-Geschäftsführerin Claudia Pfeiffer.

„Der Gesetzesvorschlag hat hauptsächlich Symbolcharakter, eine Mindestquote ist ebenso wenig vorgesehen, wie eine Verpflichtung für die Privatwirtschaft. Deshalb ist eine zusätzliche Flankierung per Gesetz nicht zwingend notwendig“, bekräftigt Claudia Pfeiffer. Taten sind viel wichtiger als Symbole zu setzen: Mittlerweile 14 öffentliche Berliner Unternehmen haben sich zur Initiative mehrwert zusammengeschlossen und entwickeln kreative und effiziente Lösungen im Arbeitsprozess, um Barrieren und Ängste abzubauen und somit den interkulturellen Austausch zu fördern. Ein weiteres Beispiel für das hohe Engagement ist ein Pilotprojekt, das gemeinsam vom Jobcenter Berlin-Neukölln sowie den KAV-Mitgliedern Berliner Wasserbetriebe und Berliner Stadtreinigung durchgeführt wird. Junge Menschen, die bislang keine Lehrstelle gefunden und größtenteils Migrationshintergrund haben, durchlaufen seit März 2010 ein sechsmonatiges Praktikum und haben die Chance auf einen Ausbildungsplatz ab September.

Allein diese Beispiele zeigen, wie sich die öffentlichen Unternehmen bereits für die Gleichberechtigung und Integration einsetzen. „Berlin ist eine weltoffene Metropole und die öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen schätzen und fördern die Vielfalt auch ohne gesetzliche Vorgaben“, erklärt die KAV-Geschäftsführerin.

#### **Pressekontakt:**

KAV Berlin, Silke Leicht-Gilles, Goethestraße 85, 10623 Berlin  
Tel: + 49 (0) 30-21 45 81-17, Mobil: +49 (0) 177-579 33 63, E-Mail: [silke.leicht-gilles@kavberlin.de](mailto:silke.leicht-gilles@kavberlin.de)  
Internet: [www.kavberlin.de](http://www.kavberlin.de)

Der **Kommunale Arbeitgeberverband Berlin** vertritt die Arbeitgeberinteressen der kommunalen Unternehmen und Einrichtungen in Berlin und zählt u.a. die BSR, BWB, BVG, die Vivantes-Kliniken, die Universitäten, viele kulturelle und soziale Einrichtungen und Wohnungsgesellschaften zu seinen Mitgliedern. Weitere Informationen unter [www.kavberlin.de](http://www.kavberlin.de)

---